

Dank an Chirac

Zwischen Paris und Wien während der Sanktionen der EU-14

von Danny Leder

An einem heißen Samstagvormittag, im Sommer 1997, hatte ich in meinem Pariser Wohnviertel ein markantes Erlebnis. In meiner Nachbarschaft war eine Kundgebung angesagt, bei der eine Erinnerungstafel für einen jüdischen Résistance-Kämpfer, Maurice Feferman, enthüllt werden sollte. Die Tafel wurde auf der Fassade eines Wohnbaus angebracht, vor dem Feferman, 1942, im Alter von 21 Jahren, gefallen war. Das war eigentlich nichts Besonderes, weil es bereits Dutzende solcher Tafeln in der Umgebung gab. In der Nähe der Pariser „Gare de l’Est“ (Ostbahnhof), noch heute ein Migrantenviertel, lebten vor dem Krieg zahllose jüdische Einwandererfamilien aus Osteuropa. Die meisten arbeiteten in den hier konzentrierten Kürschner- und Lederwerkstätten. Aus ihren Reihen kamen nach dem Einmarsch der deutschen Besatzer die allerersten Widerstandskämpfer auf französischem Boden, die sich mit lächerlicher Bewaffnung (gestohlenen Pistolen, selbst gebastelten Sprengsätzen und Hämmern) in eine hoffnungslose Schlacht warfen.

An der Gedenkfeier nahmen Gemeinderäte teil, Vertreter der französischen Armee und ihrer Veteranenverbände mit Bannerträgern, Freunde des Gefallenen. Gleichzeitig aber hasteten auf dem gegenüberliegenden Gehsteig jüdische Gläubige in der Kluft der „Lubawitscher“, eine besonders orthodoxe Gemeinde, vorbei. Sie waren offensichtlich auf dem Weg in eine nahe Synagoge (es war ja Schabbat) und erboten sich nicht einmal einen Augenblick lang bei der Zeremonie innezuhalten. Mehr noch: Aus dem Gebäude, in dem fast nur jüdische Familien wohnten, kamen weitere, feiertäglich gekleidete Juden und bahnten sich, eher rücksichtslos und scheinbar verärgert, einen Weg durch die kleine Schar der Teilnehmer an der Gedenkfeier.

Unter den Zuschauern oder Teilnehmern, so genau konnte man das nicht unterscheiden, stand ein Mittdreißiger mit Bürstenhaarschnitt, seinen kleinen Sohn auf den Schultern. Ob er absichtlich gekommen sei, fragte ich. „Ja“, antwortete er, „dieser Bursch ist doch für unsere Freiheit gestorben.“ Was er von Beruf sei? „Gendarm.“

Das gefiel mir: Juden, die achtlos an einer Gedenkfeier für einen getöteten jüdischen Widerstandskämpfer vorbeihasteten, während ein nichtjüdischer Gendarm in seiner Freizeit zu so einer Kundgebung geht. In so einem Land, dachte ich mir, kann man entspannter leben als in Österreich.

Ich war in einer jüdischen Familie in Wien aufgewachsen und kam 1982, als 27-jähriger, nach Paris. In den Jahren zuvor hatte ich mich erstmals mit vollem Bewusstsein der familiären Verfolgungsgeschichte gestellt. Ich nahm daraufhin unsere gefühlsmäßige Isolierung in Österreich verstärkt wahr. Das war zwar nicht der Grund

für meinen Auszug gewesen, in Frankreich konnte ich aber Distanz zu dieser Thematik finden.

Mit dem Antritt der schwarz-blauen Regierung wurde ich aber von dem in Österreich hinterlassenen emotionalen Strudel wieder erfasst. Als Korrespondent einer österreichischen Tageszeitung in Frankreich saß ich an einer Schnittstelle. In keinem anderen Land Europas hatten die Medien so heftig auf den Erfolg von Jörg Haider reagiert. Und ohne die Initiative des französischen Staatschefs, des Gaullisten Jacques Chirac, wären die Sanktionen der damals 14 Mitgliedsstaaten der EU gegen Österreichs Regierung wohl nie zustande gekommen.

Weil der bürgerliche Präsident Frankreichs als erster gegen Haiders indirekten Griff zur Macht mobilisierte, konnten die übrigen, überwiegend linken EU-Staatsmänner nur noch zustimmen, darunter Frankreichs sozialistischer Regierungschef Lionel Jospin.¹ Weil Chirac agierte, sahen sich auch die Angehörigen seiner politischen Gesinnungsgemeinschaft, also die restlichen bürgerlichen EU-Staatsmänner, veranlasst, mitzuziehen. In der Folge wurden Frankreich und Chirac zu Feindbildern der österreichischen Öffentlichkeit.

Während ich Dankbarkeit gegenüber Chirac empfand, wuchs bei Kollegen in der Redaktion in Wien, nach einer ersten Schockphase, das Unverständnis und der Ärger über die Haltung Frankreichs. Bei aller Ablehnung der Haider-FPÖ, für die diese Kollegen glaubwürdig einstanden, fühlten sie sich doch durch die Maßnahmen der EU-14 mehr oder weniger verletzt. Obwohl nicht beabsichtigt (die diplomatischen Sanktionen sollten ja nur die österreichische Regierung isolieren), gerieten, schon allein durch das begleitende Medienecho und eindringliche Fragen auf Auslandsreisen, weitaus mehr Österreicher unter Rechtfertigungszwang, als für die FPÖ gestimmt hatten.

Mir war das im Grunde genommen recht. Ich musste dabei an das unsägliche Verbrechen des Nationalsozialismus denken, dem sehr wohl ein kollektiver Konsens, ja ein kollektiver Taumel zugrunde lag. Das wusste ich allein aufgrund der Familiengeschichte und meiner persönlichen Begegnungen in Österreich, lange bevor Historiker, wie etwa Evan Burr Bukey, dies akribisch nachwiesen.² Ich dachte an die unglaubliche, politisch in Österreich aber wohl unvermeidliche Nachsicht gegenüber etlichen NS-Verbrechern, kaum waren die Alliierten weg. Was man ja gar nicht „Nachsicht“ nennen kann, weil diese Gerichtsurteile in Wirklichkeit auf dem vormaligen Einverständnis zwischen breitesten Teilen der Bevölkerung und den

¹ An Frankreichs Staatsspitze herrschte zu diesem Zeitpunkt eine so genannte „Cohabitation“ zwischen zwei Amtsträgern mit etwa gleich starken Befugnissen, die gegensätzliche politische Lager vertraten. Der vom Volk gewählte Staatspräsident verfügt im französischen Präsidentsystem üblicherweise über eine klare Führungsrolle. Der 1995 gewählte bürgerliche Präsident Jacques Chirac musste aber nach dem Sieg der Linksparteien bei den Parlamentswahlen 1997 die Macht mit dem Sozialisten Lionel Jospin, dem Chef der neuen Linksregierung, teilen.

² Evan Burr Bukey: Hitlers Österreich. Hamburg/Wien 2001, S. 216: „In Österreich bildete der Antisemitismus (...) das integrative Element für die NS-Herrschaft. Er war das unwiderstehliche Leitmotiv.“

Angeklagten beruhen. Ich verspürte wieder Bitterkeit angesichts des außerordentlichen Wohlstands und der Stabilität, in der die Enkelkinder der Tätergeneration gedeihen konnten, das Erbe ihrer Familien antretend, zwar nicht unbedingt in übereinstimmender, aber doch liebevoller Zuwendung zu ihren Großeltern. Und dazu noch die oftmalige Entrüstung über Israel, wo ihre Großeltern die Juden hingewünscht hatten („Juda raus nach Palästina“ hieß der Schlachtruf der NS-Studenten). Israel, das aus einer verspäteten europäischen Siedlerkolonie entstand, in der Überlebende des Holocausts Zuflucht und Selbstwertgefühl zu finden glaubten, und wo deren Enkel und Urenkel in einem Teufelskreis aus Repression und Terror gefangen sind.

Gemessen an all dem erschien es mir doch als eine verhältnismäßig harmlose Belastung, wenn nachgeborene Österreicher zu dieser Geschichte, die Haider punktuell zu rehabilitieren suchte, öfters Rede und Antwort stehen mussten.

Aber so lief das natürlich nicht. Auch gutmeinende nichtjüdische Österreicher wurden durch die Fragerei im Ausland genervt. Das konnte ich verstehen, weil sogar ich bei aggressiven Fragestellern (auf die ich aber in Frankreich kaum stieß) in die Rolle des verdächtigen Österreichers geriet.

Dazu kam, dass so manches von der Kritik an „Haiders Österreich“ an der Vielschichtigkeit der Materie zerbröselte. Die Auseinandersetzung mit dem rasenden Verwandlungskünstler Haider erforderte eine Feineinstellung, zu der ausländische Beobachter kaum imstande waren: Wer Haiders einschlägige Erklärungen aus ihrem Kontext einer befriedeten und durchaus resistenten Wohlstandsdemokratie riss, schoss übers Ziel (also etwa: „Neonazis“ in Wien am Ruder). Wer die symbolische Tragweite und Tiefenwirkung seiner Wortspiele nicht erfassen konnte, musste die Sprengkraft des Haiderschen Projekts und seine Zielstrebigkeit unterschätzen (nach dem Motto: Es gab ja keine pöbelnden FPÖ-Aufmärsche, keine brennenden Synagogen, also war Haider bloß ein demagogischer Wendehals).

Auch die historische Verankerung der FPÖ im Herzen der österreichischen Institutionen war für Ausländer verwirrend. Der liberale Schwenk der FPÖ-Führung der 1970er Jahre war von Haider ungeniert bei der Imagepolierung im Ausland genützt worden, obwohl er ja selber diese liberale Parteiführung beseitigt hatte. Die FPÖ war nun mal Regierungspartner der SPÖ gewesen. Eine hervorragende Startposition im Vergleich zu dem etwa im selben Zeitraum in Frankreich aufgestiegenen „*Front National*“ (FN) des Rechtsaußen-Tribuns Jean-Marie Le Pen.

Thematisch und sogar in ihren Formulierungen glichen sich die Kampagnen der FPÖ und des französischen FN. Aber Le Pen war von Anfang an, als Führer einer ursprünglich außerparlamentarischen Sekte, per Definition ein Geächteter, der auch während seiner Hochblüte den Sprung zur Salonfähigkeit im Zentralgewebe der französischen Institutionen nicht schaffen sollte. Während in Österreich im Fall des FPÖ-Chefs die Beweislast immerzu auf Seiten seiner Gegner gelegen war. Diese mussten erst nachweisen, dass er wieder einmal die Grenzen des demokratisch-

antinazistischen Konsenses überschritten hatte, und dass es sich nicht bloß um einmalige Ausrutscher gehandelt hatte. Haider setzte zwar seine Salonfähigkeit immer wieder aufs Spiel, konnte sie aber durch verbales Getrickse und Wahlerfolge auch immer wieder zurückerobern – bis hin zu dem auswärts gänzlich unverständlichen Du-Wort zwischen Haider und dem SPÖ-Kanzler Viktor Klima vor laufenden TV-Kameras.

Umso größer war das Verdienst der Wortführer der Sanktionen, die diesen österreichischen Finessen zwar nicht gewachsen waren, aber durch ein grobes Resümee trotzdem zu einer richtigen Einschätzung Haiders gelangten. Wie bei einem Puzzle: Haiders Rohkost-Sprüche als zusammenhanglos herumliegende Puzzlestücke, weil zeitlich verstreut und vom konsensuellen österreichischen Verwaltungsalltag relativiert, konnten in Österreich eher als gelegentliche, atmosphärisch bedingte Ausrutscher mehr oder weniger absichtlich missverstanden werden („Bierzelt-Reden“). Während sie, aus der Ferne filterlos betrachtet und zur Zitatensammlung aufbereitet, ein vollständiges Puzzle ergaben, das man als Proto-Programm begreifen konnte. Von daher die schwarz-blauen Versuche, Haiders Image durch die Zerstreuung des Puzzles wieder zu normalisieren. Indem man also Haiders Zitatenkatalog durch xenophobe Äußerungen anderer europäischer Politiker aufzuwiegen suchte und dabei die Seltenheit derartiger Vergleichszitate, die nun wirklich einer opportunistischen „Bierzelt-Logik“, aber keiner Programmatik entsprangen, unterschlug.

Zwei Ziele schälten sich bei Durchsicht der Auftritte Haiders heraus, die die Alarmglocken in Paris läuten ließen, weil beide am westeuropäischen und vor allem franko-deutschen Nachkriegskonsens sägten: die Teilrehabilitierung der deutsch-österreichischen NS-Vergangenheit und die ansatzweise Kristallisierung eines nord- und mittel-europäischen Wohlstands-Separatismus zulasten des europäischen Einigungsprozesses. Diesen unterlegte Haider mit rassistischen Beschimpfungen, die in Österreich selber wenig Beachtung fanden (So sprach Haider etwa von „portugiesischen Faulpelzen“ und den polnischen Arbeiterführer, Lech Walesa, klassifizierte er in NS-Diktion als „mehr breit als hoch“).

Es war freilich der erste hier angeführte Punkt, also Haiders mehrmalige positive Bezugnahmen auf das Naziregime, die am meisten aufwühlten. Dabei bündelten sich die Symbole: Haider als Sohn ehemals hoch aktiver und, zumindest in der Öffentlichkeit, reueloser Nazis und als ungenierter Erbe eines „arisierten“ Guts. Österreich als Heimat Hitlers und, mit seinem überproportionalen Anteil an NS-Verbrechern, als Epizentrum des Holocausts.

Der erfundene Hinauswurf des österreichischen Botschafters

Die Heftigkeit des Engagements der EU-14 unter der Anleitung von Chirac verlieh in einer allerersten Phase nach dem schwarz-blauen Regierungsantritt der österreichischen Protestbewegung den nötigen Rückenwind für ihr massives Sichaufbäumen. Aber entgegen der im Umkreis von Chirac gehegten Annahme, die Koalition werde unter

diesem vielfältigen Druck schnell platzen, erstarrten die Fronten. Je länger diese Polarisierung zwischen Wien und den EU-14 anhielt, desto stärker griff in Österreich das Gefühl der nationalen Demütigung um sich, das die Regierung für sich zu nutzen verstand.

Das war wohl kaum vermeidbar, so sehr auch etwa die französische Staatsführung um einen präzisen, auf bilaterale Regierungskontakte und diplomatische Exerzitien beschränkten Boykott bemüht war. In einer ersten Phase hatte es vereinzelte, spontane Reaktionen in Frankreich gegeben. Einige waren durchaus legitim, wie etwa die Forderung von französischen Gemeinderäten an die Amtskollegen ihrer Partnerstädte, sie mögen über ihr Verhältnis zur FPÖ Auskunft geben. Andere Maßnahmen hatten eine problematische Schlagseite, wie etwa der Abbruch von Austauschprogrammen zwischen Schulen. Das war aber extrem selten und wurde sehr schnell in der französischen Öffentlichkeit, allen voran von den antirassistischen Organisationen, kritisiert. Frankreichs antirassistische Bewegungen konzentrierten ihre Propaganda auf die Gleichsetzung zwischen Haider und Le Pen, betonten ihre Solidarität mit ihren österreichischen Gesinnungsgenossen und vermieden jede pauschale Attacke gegen Österreich.

Als sich die spontanen Begleitreaktionen in Frankreich längst gelegt hatten, gingen in Österreich noch immer, quasi im Leerlauf, die Wogen über vormalige antiösterreichische Vorfälle hoch. Einiges war aufgebauscht, einiges glatt erfunden. Auf ein besonders krasses Beispiel stieß ich bei der Durchsicht österreichischer Zeitungen noch im Frühjahr 2001. Ein Amerikaner, Leonard Mulford, hatte im September 1999 eine Prostituierte in Wien ermordet, war anschließend nach Paris geflüchtet und dort festgenommen worden. Seine Auslieferung nach Österreich erfolgte im Oktober 2000. Während des Prozesses in Wien, im April 2001, behauptete der Richter, die lange Auslieferungsdauer sei auf die Sanktionen zurückzuführen. Dabei verstieg er sich sogar zu der Behauptung, Österreichs Botschafter in Paris sei bei dem Versuch, die Auslieferung voranzutreiben, „hinausgeworfen“ worden.³ Vor allem letzteres wäre ein unglaublicher Affront gewesen. Bei einer Nachrecherche unter Österreichs Vertretungsbehörden in Paris stieß ich nur auf heftigste Dementis. Als ich den Richter dazu befragte, schwächte dieser ab: Möglicherweise habe es sich „nicht um den Botschafter, sondern um den Konsul gehandelt“, und dieser wäre auch möglicherweise „nicht hinausgeworfen“, sondern nur „abgewiesen“ worden. Aber auch dafür fand ich nicht den geringsten Anhaltspunkt. Es ist schon bezeichnend, dass die ursprüngliche Behauptung des Richters überhaupt für plausibel gehalten wurde.

Die Sanktionen hatten dieses Klima nationaler Wehleidigkeit genährt. Andererseits hatten sie durch ihren Holzhammer-effekt den Schädlichkeits-Radius von Haider nachhaltig begrenzt. Die europäische Ächtung untergrub seine Führungsambitionen in Österreich: als Chef der damals stimmenstärksten Regierungspartei hätte Haider eigentlich auf das Amt des Bundeskanzlers Anspruch erheben können, aber es kam

³ Berichte über die Eröffnung des Prozesses gegen L. Mulford in „*Kurier*“ und „*Kronzeitung*“ vom 5.4.2001.

nicht einmal ein Ministerposten für ihn in Frage. Auch bei einem Teil jener Wähler, die für Haider gestimmt hatten, sickerte die Erkenntnis durch, der FPÖ-Tribun werde wohl niemals als Regierungschef am Ballhausplatz einziehen können. Damit wurde auch der Grundstein für Haiders anhaltende Absonderung nach Kärnten gelegt. Dieser Machtverlust begünstigte auch die späteren Konflikte zwischen flügge gewordenen FPÖ-Regierungsmitgliedern und Haider.

So schuf der Druck der EU-14 ein Kräfteverhältnis, von dem auch Wolfgang Schüssel bei seinem innerkoalitionären Dauerduell mit Haider profitierte, was vielleicht nicht mehr der Fall gewesen wäre, wenn die Sanktionen allzu lange gedauert hätten.

Aber so berechtigt der Anspruch auch war, Chiracs Sanktionskurs an seinem taktischen Effekt zu messen, so wenig erschöpfte sich damit die Frage nach dessen moralischer Legitimität. Ich hatte da einen aufschlussreichen Dialog mit einem Wiener Kollegen. Es ging um eine Ratstagung der EU-Sozialminister/innen in Paris zu Beginn der französischen EU-Präsidentschaft im zweiten Semester 2000. Die Sanktionen waren noch in Kraft, galten aber ausschließlich den bilateralen Regierungskontakten. In EU-Angelegenheiten achtete Frankreichs Staatsführung darauf, das Mitspracherecht Österreichs in keiner Weise zu beeinträchtigen. Also diskutierte die französische Sozialministerin Martine Aubry mit ihrer Amtskollegin Elisabeth Sickl (FPÖ) ganz manierlich. Allerdings verweigerte Aubry – „aus Gewissensgründen“, wie sie betonte – das Gruppenphoto mit der FPÖ-Ministerin. Ich dachte, solch eine minimale Manifestation moralischer Ablehnung müsste auf Verständnis bei meinem Kollegen stoßen, der sich als Haider-Gegner zu erkennen gegeben hatte. Aber dieser reagierte mit einer abweisenden Frage: „Was hat das denn für einen Sinn?“ Ich entgegnete, da habe Aubry ihre persönliche Betroffenheit geäußert, mehr nicht. Aber der Dialog blieb stecken. Für meinen Kollegen waren sogar solche Gesten überflüssig, nachdem sich die Sanktionen bereits ihrem scheinbar erfolglosen Ende näherten.

Letzten Endes weiß ich nicht, ob der Kollege mit seiner leicht verärgert vorgetragenen Frage nach dem *taktischen* Sinn des Protests von Aubry nicht gleich auch die *grundsätzliche* Berechtigung der aus Frankreich kommenden Kritik an der FPÖ-Regierungsbeteiligung meinte.

Austro-Pazifismus gegen Franko-Nationalismus?

Ich hatte bereits in frühen Jahren, lange bevor ich Journalist wurde, überschäumende, klischeeartige Attacken auf Frankreich in Österreich erlebt. Einer meiner Schulprofessoren, ein deklariertes NS-Nostalgiker, konnte sich in endlosen Tiraden über den „französischen Nationalismus“ ergehen. Tranceartig lallte er vor der Klasse „la France, la France“, um den vorgeblich ekstatischen Nationalismus der Franzosen zu veranschaulichen – eine phonetische Metapher, auf die ich wieder, nach den Sanktionen, in einem der vor Hass triefenden Gedichte von Wolf Martin in der „*Kronen Zeitung*“ stieß (14.7.2001).

Als Frankreich-Korrespondent deutschsprachiger Zeitungen, machte ich die unangenehme Erfahrung, dass Redaktionskollegen meine Artikel fast schon routinemäßig mit Titeln versahen, in denen die „Grande Nation“ aufschien. Diesen Begriff hatte ich in Frankreich aber niemals gehört. Einzige Ausnahme: ein Dokumentarstreifen über die Niederlage der französischen Armee 1940. In dem Film wurden auch Auszüge einer NS-Wochenschau gezeigt, in dem gefangene afrikanische Soldaten der französischen Armee, in Lumpen gehüllt, vor der Kamera Tanzschritte vollführen mussten. Dazu erklärte der Sprecher des NS-Propagandafilms: „So sieht sie aus, die Armee der Grande Nation.“

Mit dem Beschluss von Chirac nach seinem Amtsantritt als Staatschef 1995, eine letzte Serie von Atomtests im Pazifik zu starten (nachdem sein Vorgänger, der Sozialist François Mitterrand, diese gestoppt hatte), sollten sich die Schleusen des antifranzösischen Ressentiments in Österreich nochmals breit öffnen. Nicht dass ich die Entscheidung Chiracs für richtig hielt, aber die Dimension der österreichischen Proteste (über zehn Prozent der Bevölkerung Österreichs unterschrieben eine von der „*Kronen Zeitung*“ unterstützte Erklärung – ein Weltrekord) machte mich doch stutzig.

Natürlich spielten die Nachwehen der Bewegung gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf eine Rolle. Aber das reichte als Erklärung nicht aus. Konnte es sein, fragte ich mich, dass dabei das tradierte Feindbild und der Neid auf den französischen Patriotismus von Seiten jener Generationen mitschwang, die mit ihrem deutschnationalen Elan Schiffbruch erlitten hatten?

In meinen Artikeln versuchte ich damals den relativ breiten Konsens in Frankreich rund um die Atombewaffnung in seinen historischen Kontext zu stellen. Zwar gab und gibt es eine bedeutende antimilitaristische Tradition in der französischen Gesellschaft. Sie laboriert aber noch heute an dem Fiasko der Beschwichtigungspolitik der letzten Zwischenkriegsregierung und der Niederlage der mangelhaft gerüsteten französischen Armee von 1940. Der in der Zwischenkriegszeit in Frankreich tonangebende Pazifismus sollte etliche linke Antimilitaristen in die Kollaboration treiben, darunter auch den Vater des SP-Premiers Lionel Jospin. Hingegen erwies sich, wenn man es überspitzt formulieren will, der „Kriegstreiber“ Charles De Gaulle, der Frankreich zum Weiterkämpfen gegen Hitler anstachelte, als Bewahrer der Menschlichkeit.

Der mächtige Pazifismus der achtziger Jahre im deutschsprachigen Raum war eine ambivalente Angelegenheit: Zweifellos ging es um eine weitere Abwendung von Traditionen, die in den Nationalsozialismus gemündet waren. Aber die Proteste gegen den Nato-Nachrüstungsbeschluss (über 60.000 Demonstranten in Wien 1982) hatten auch eine andere Komponente. Die vornehmlich gegen die USA, also die demokratische Siegermacht des Zweiten Weltkriegs, gerichtete Friedensbewegung bot jungen Menschen Gelegenheit für einen versöhnlichen Brückenschlag zu den NS-geprägten Generationen. Ihr integraler Pazifismus hüllte die Teilnahme am NS-Krieg in einen tröstenden Dunst, aus dem sich nur mehr das bequeme Motto „Krieg ist übel“ herauschälte. In Österreich konnte diese Bewegung obendrein nahtlos an die

Neutralitätsideologie anschließen, die wohl auch eine Schonphase für die Bevölkerung nach der NS-Ära darstellte. Wie oft hatte ich von ehemaligen Wehrmachtsangehörigen die Erklärung gehört: „Es war ja Krieg. Und beide Seiten verübten Kriegsverbrechen“ – so als ob das NS-Kriegsziel nicht per se ein einziges Verbrechen gewesen wäre.

Auf ein entferntes Echo des zwiespältigen Austropazifismus stieß ich bei einem Zusammentreffen mit jungen österreichischen Journalisten/innen, die im Mai 2000, im Rahmen des Besuchs von Alfred Gusenbauer, damals SPÖ-Vorsitzender, nach Paris gekommen waren. Sie waren einen Tag vor ihm eingetroffen und wunderten sich darüber, dass der 8. Mai in Frankreich ein Feiertag sei. Als ich erklärte, da würde der Kapitulation Hitlerdeutschlands gedacht, entrüstete sich eine junge Kollegin eines österreichischen Magazins: „Das ist typisch französischer Nationalismus. Da wird uns und den Deutschen unsere Niederlage in Erinnerung gerufen.“

Mir kamen dabei die immensen Opfer und der phänomenale militärische Kraftakt in den Sinn, die notwendig waren, um die alles verschlingende NS-Maschinerie niederzuringen. Sollte dieser Opfer mit Rücksicht auf deutsch-österreichische Befindlichkeit nicht mehr gedacht werden? Sicherlich hat der 8. Mai 1945 in Frankreich eine „nationale“ Schlagseite. Die wohl unvermeidliche nationalistische Begleitmusik der Befreiung von der deutschen Besatzung lieferte 1945 den atmosphärischen Rahmen für die gleich darauf einsetzenden Feldzüge Frankreichs gegen die aufbegehrenden Völker der Kolonien, von Madagaskar über Indochina bis Algerien.

Im Schatten nationalistischer Verbrämung verschwanden auch lange Zeit die Konturen der Judenverfolgung unter Frankreichs Kollaborationsregime. „Mort pour la France“ („Für Frankreich gefallen“) hieß es auf Schildern für die eingangs erwähnten – Résistance-Kämpfer. Da hatte diese Formel auch durchaus ihre Berechtigung – nicht aber auf den Mahntafeln für die aus Frankreich als Juden deportierten Menschen. Deren unvergleichliches Schicksal wurde durch das alleinige „Mort pour la France“ bis zur Unkenntlichkeit verwischt.

Diese Spurenverwischung hielt bis in die sechziger Jahre. Die Rolle des hausgemachten französischen Antisemitismus und die Verwicklung des französischen Behördenapparats in die Judenverfolgung blieben weitgehend tabu. Aber diesen Zustand, den Kommentatoren in Österreich und Deutschland noch immer notorisch ins Treffen führen, gibt es längst nicht mehr. Frankreichs Öffentlichkeit hat seit mindestens drei Jahrzehnten mit diesen Tabus gründlich aufgeräumt. So wie im Übrigen auch die herkömmliche deutsch-österreichische Lesart der französischen Kollaboration einen untauglichen Versuch zur Schuldentlastung darstellt.

Die Rettung der Mutter

Wohl stimmt es, dass 76.000 Juden aus Frankreich in die deutschen Vernichtungslager des Ostens deportiert werden konnten, weil ein beträchtlicher Teil des französischen Behördenapparats, namentlich Justiz und Polizei, den NS-Besatzern

beflissene Hilfe leistete. Auch hatte das Kollaborationsregime unter Feldmarschall Philippe Pétain, gestützt auf eine lange antijüdische Tradition der katholischen Bevölkerungsmehrheit, leichtes Spiel, erste Diskriminierungsmaßnahmen gegen Juden zu ergreifen, und zwar noch bevor dies von den deutschen Besatzern verlangt wurde. Außerdem gingen 3000 jüdische Flüchtlinge in französischen Internierungslagern zugrunde.

All dem steht freilich gegenüber, dass drei Viertel aller Juden, die sich in Frankreich während des Kriegs aufhielten, überleben konnten. Das ist einer der höchsten Anteile an Geretteten in Europa, wie der Anwalt Serge Klarsfeld, der konsequenteste Betreiber der juristischen Aufarbeitung der Judenverfolgung in Frankreich, nicht müde wird zu betonen. Dabei stammte die Mehrheit der Juden aus dem Ausland. Sie waren also leicht an ihrem Akzent zu erkennen. Die meisten konnten ihren Häschern trotzdem entkommen, weil es eben doch – verhältnismäßig – wenige Denunziationen gab. Auch konnten Frankreichs Faschistengruppen keine auch nur annähernd mit dem Klima in Österreich vergleichbare antijüdische Massenhysterie erzeugen. Diese Fakten fand ich auch durch die Erfahrungsberichte der mir persönlich bekannten jüdischen Emigranten bestätigt, darunter meiner eigenen Mutter, die auf der Flucht aus Österreich mit ihrer Familie 1939 nach Frankreich gelangt war.

Mehr noch: Ein Teil des zutiefst antijüdisch geprägten katholischen Klerus, der anfänglich die Diskriminierung der Juden sogar begrüßt hatte, änderte spätestens 1942 seine Haltung. Als sich die Razzien auf die so genannte „freie Zone“ (das südöstliche Viertel Frankreichs, bis November 1942 unbesetzt und von Pétain allein verwaltet) ausdehnten, legten die Erzbischöfe von Lyon und Toulouse Protest ein. In den Kirchen wurden Hirtenbriefe verlesen, die, wenn man sie zur selben Zeit von den deutschsprachigen Kanzeln im Herzen des NS-Reichs vernommen hätte, möglicherweise zahllose Leben gerettet hätten. Diese Reaktionen waren umso bedeutsamer, als der katholische Klerikalismus zum ideologischen Kern des Regimes von Pétain gehörte (ähnlich wie bei der Ständestaatsdiktatur in Österreich).

Ohne Anspruch auf Verallgemeinerung halte ich doch die Erlebnisse meiner Mutter, Renée Wittels, für erwähnenswert: Sie war als 16jährige, in Begleitung ihres jüngsten Bruders (damals fünf Jahre) und ihrer Mutter, nach der Flucht aus Österreich durch Frankreich geirrt, bevor sie 1942 in Thonon-les-Bains, knapp vor der Schweizer Grenze, von einem französischen Gendarmerietrupp aufgegriffen wurde. Der befehlshabende Offizier verzichtete aber, unter großem persönlichem Risiko, auf die Auslieferung an die deutschen Besatzer und übergab sie der Obhut eines jungen Richters. Dieser sollte sich in der Folge als frommer Katholik zu erkennen geben, der unter Berufung auf seinen Glauben die Judenverfolgung als Sünde bezeichnete. Der Richter brachte die Flüchtlinge in einem katholischen Kloster unter, nachdem er sie vorher ausdrücklich gefragt hatte, ob sie das „nicht stören“ (!) würde. Bis knapp vor der Befreiung blieben sie in dem Kloster versteckt. Als in den letzten Kriegstagen deutsche Truppen das Gebäude beschlagnahmten, verteilten sich die Ordensschwester mit ihren

Schützlingen auf die Häuser der Nachbarn, wobei bis zuletzt alle involvierten Personen beträchtliche Gefahren auf sich nahmen.

Bei der protestantischen Minderheit, die sich traditionell der Anfeindungen der klerikal-katholischen Rechten erwehren musste und schon deswegen dem Pétain-Regime misstrauisch gegenüberstand, gewährten ganze Dörfer in Südfrankreich Tausenden Juden Unterschlupf.

Der Haltungswandel eines Teils der katholischen Kirche beruhte auf einer Welle der Entrüstung in der Bevölkerung. Ab August 1942, so geht aus damaligen Behördenberichten hervor, kippte in allen Regionen der – damals noch – unbesetzten Zone die Stimmung von Misstrauen und Gleichgültigkeit gegenüber den Juden zugunsten eines manifesten Mitgefühls. Dabei vermengte sich der aus eigenen Entbehrungen und Erniedrigungen gespeiste Hass auf die deutsche Fremdherrschaft mit der moralischen Entrüstung über die brutalen Festnahmen jüdischer Familien. Man kann zu Tränen gerührt sein, wenn man die damaligen an Pétain gerichteten Lageberichte der Präfekten, also der obersten Beamten des jeweiligen Verwaltungsbezirks, liest. Da ist von „tiefster Empörung der Mehrheit der Bevölkerung“ die Rede, von „plötzlichem Mitleid der meisten Einwohner für die Israeliten“, von „Gefühlsduselei der Masse, die die Gegner der Regierung (Pétains) ausschlachten“.⁴ Man kann darüber in Wut geraten, dass all diese Beweise der Menschlichkeit in Artikeln österreichischer und deutscher Zeitungen über Frankreichs Kollaboration unerwähnt bleiben.

Der Stimmungsumschwung und die kirchlichen Proteste hatten einschneidende Folgen. Pétains Behörden widersetzten sich ab September 1942 dem Druck der deutschen Besatzer, die ständig nach mehr Juden für ihre Vernichtungslager gierten. Es wurden aber immer weniger Juden aufgegriffen. Um das Deportationsprogramm wieder anzukurbeln, beorderte der vormalige Österreicher Adolf Eichmann im Juni 1943 seinen Landsmann Alois Brunner mit einer ganzen Gruppe weiterer, aus Österreich stammender, erprobter Judenhäscher nach Paris. Die in der Fachliteratur als „Wiener Spezialisten“ bezeichnete Gruppe um Brunner versuchte durch frenetischen Eifer die Passivität der französischen Behörden wettzumachen.

In weiterer Hinsicht muss man, bei allen Vergleichsversuchen, den fundamentalen politgeschichtlichen Unterschied zwischen Österreich und Frankreich fixieren. Die NS-Bewegung hatte in Deutschland, aber wohl noch mehr in Österreich nach Ausschaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung 1934, einen politischen Triumphzug angetreten. Der psychosoziale Angelpunkt dieser Massenbewegung war der Judenhass. Die in Österreich halbspontane „braune Revolution“ legte den Grundstein für eine Form der allerbreitesten Massenloyalität, die der reine Terror von oben nicht zustande gebracht hätte. Der Raub an den Juden und die schier unwiderstehlichen anfänglichen militärischen Eroberungen festigten diese Loyalität. Als sich das Kriegsglück wendete, sahen sich viele, aus Angst vor einer Generalabrechnung

⁴ Serge Klarsfeld: Vichy – Auschwitz. Paris 1983, 1. Bd., S. 163.

für die im Namen einer völkischen Eliminierungs-Ideologie begangenen Verbrechen, auf Gedeih und Verderb an das NS-Regime gebunden. Die Niederlage wurde von etlichen Österreichern als Abschied von einer kollektiven Hoffnung und Notlösung akzeptiert, die sich schrittweise als gangbare Alternative entpuppen sollte.

Frankreichs Geschichte präsentiert sich im Vergleichszeitraum quasi spiegelverkehrt. Wohl gab es in der Zwischenkriegszeit expandierende faschistische Bewegungen, sie konnten aus eigener Kraft aber keine siegreiche Dynamik entfalten. Diese Kreise empfanden die Niederlage Frankreichs, im Juni 1940, mit den Worten eines ihrer Ideologen, als „*Divine surprise*“ (göttliche Überraschung). Erst diese Niederlage ermöglichte ihnen, im Schatten der Armeen Hitlers, den Griff zur Macht.

So gelangte der damals bereits 84 jährige Feldmarschall Philippe Pétain ans Ruder, nachdem ihm die Mehrheit der Parlamentarier, unter dem Schock des militärischen Zusammenbruchs, Sondervollmachten überantwortet und sich selber ausgeschaltet hatte. Aber Pétain war als General in Verdun im Ersten Weltkrieg populär geworden. Da er für einen schonenden Einsatz der Soldaten eingetreten war, genoss er das Vertrauen der linken Pazifisten. Dass er mittlerweile in faschistischen Geheimbünden verkehrte und eine „nationale Revolution“ anstrebte, wussten nur die wenigsten. Für die allermeisten Franzosen präsentierte sich die Kollaboration als Notlösung und Arrangement mit einem Sieger.

Verdrängung in Frankreich – NS-Erinnerungskultur in Österreich

Bezüglich des in Österreich geläufigen Verhältnis zur NS-Vergangenheit schien mir der Begriff „Verdrängung“ immer schon unzureichend und letzten Endes verharmlosend: Die Tätergeneration, auf deren Repräsentanten ich in meinen Jugendjahren traf, rechtfertigte ja ihre Teilnahme am NS-Krieg und wahrte sie oft in stolzem Andenken – von Kameradschaftsbünden über „Landser“-Hefte und Gefallenendenkmäler (auf denen Widerstandskämpfer und hingerichtete Deserteure nicht aufscheinen) bis hin zu Kurt Waldheims Bekenntnis „Ich habe nur meine Pflicht getan“.

Die NS-Ära oder zumindest einige ihrer Aspekte wurden als Familien- und Gemeinschaftsvermächtnis auf lokaler und manchmal sogar regionaler Ebene durchaus gepflegt. Die meisten vermieden es aber, dieses Vermächtnis allzu weit nach außen, also auf höchste öffentliche Ebene zu tragen. Diese Rücksichtnahme auf den offiziellen Diskurs der Nachkriegsrepublik galt solange die Republik ihrerseits dem halböffentlichen Erinnerungs-Brauchtum nicht allzu deutlich widersprach.

Bei einem Wien-Aufenthalt während der Sanktionen stieß ich wieder darauf: „Der Haider soll nicht über den Krieg reden, damit kommen wir im Ausland nicht durch“, meinte ein ehemaliger Schulkollege bei einem Klassentreffen. Auch das von FPÖ-Politikern und Konsorten damals in Umlauf gebrachte Schlagwort „Vernaderer“ (in Österreich gebräuchlich für Denunziant), das die Kritiker der schwarz-blauen Koalition als Vaterlandsverräter brandmarken sollte, beinhaltete ja keine Klage über eine

Verleumdung, sondern das Eingeständnis, dass ein sehr wohl stattgefundenes Vergehen nicht nach außen getragen werden soll.

Wenn irgendwo der Begriff der „Verdrängung“ zutrifft, dann wohl in Frankreich: In den Nachkriegsjahren wurde, in der öffentlichen Diktion, die Kollaboration als das alleinige Werk einer Clique von – abgeurteilten – „Landesverrätern“ dargestellt. Der Kampf zwischen den Sicherheitskräften (Polizei, Gendarmerie und Miliz) des Pétain-Regimes und den Gruppen der Résistance wurde im Rückblick nicht als innerfranzösischer Bürgerkrieg wahrgenommen. Wo französische Beamte oder Milizionäre gegen die Résistance gewütet hatten, war nur mehr von deutschen Okkupanten die Rede. Auch die Judenverfolgung wurde als das alleinige Werk der deutschen Besatzer dargestellt. Photos, auf denen französische Gendarmen als Bewacher von Internierungslagern zu sehen waren, wurden auf behördliche Anweisung nachretuschiert.

Allerdings hatte es knapp vor, während und nach der Befreiung von den NS-Besatzern eine überschäumende und teilweise willkürliche Säuberung von unten gegeben. Diese wurde von der immensen Volksbewegung getragen, die die Résistance umgab, und die in den letzten Kriegsjahren eine vergleichbare – politische – Dynamik entwickelt hatte, wie eben die NS-Bewegung in Österreich rund um den „Anschluss“.

Was in Frankreich historisch nachretuschiert wurde, war nicht die reale Massensympathie für den Widerstand, sondern der Zeitpunkt ihres Beginns als organisierende Kraft zahlenmäßig bedeutsamer Gruppen und ihre militärische Effizienz. Tatsächlich setzte ein starker Zustrom von kampfbereiten jungen Männern erst ein, als Ende 1942 die Besatzer darangingen, ganze Jahrgänge zur Zwangsarbeit nach Deutschland (und daher auch in die „Ostmark“) zu verschleppen. Ein Teil der Betroffenen zog es vor, in die Wälder abzutauchen, in denen Widerstandsgruppen Unterschlupf gefunden hatten. Die militärische Schlagkraft der Résistance dürfte nur gegen Schluss knapp an die der Kollaborateure herangereicht haben.

Der heroisierende, antinazistische Gründungsmythos Nachkriegs-Frankreichs war aber nicht primär für den Außenbedarf angelegt, er wurde zum entscheidenden Kitt der nationalen französischen Post-Kriegs-Identität. Die Bevölkerung adoptierte diesen Mythos realiter und betrachtete dies nicht bloß als Tarnrhetorik gegenüber einem Sieger. Der Kult um die Résistance und die Exilstreitkräfte von General De Gaulle begrub bis ins letzte Dorf jeden Anflug von Erinnerungskultur an das Pétain-Regime. Damit war aber auch in der Gefühlswelt der Franzosen vorerst einmal klargestellt, wo Gut und Böse gestanden hatten – und damit konnte und musste eine Phase der konsensuellen Verdrängung und Beruhigung im Interesse des demokratischen Wiederaufbaus Frankreichs einsetzen.

Unterdessen hat aber das Pendel in Frankreichs öffentlicher Selbstdarstellung längst wieder in eine andere, selbstkritische Richtung ausgeschlagen. Medien, Historiker und Justiz zerren seit Ende der 1970er Jahre vor allem die Rolle des Beamtenapparats bei

der Judenverfolgung ins Rampenlicht. Die Verantwortung der Beamten war das eigentliche Tabu. Der sozialistische Präsident François Mitterrand (selber bis 1942 Beamter des Pétain-Regimes, anschließend Résistance-Kämpfer) warf seine ganze Autorität in die Waagschale, um Prozesse gegen hohe Staatsdiener zu verhindern.

Chirac mutiger als Schüssel und forscher als Vranitzky

Chirac war da anders. Gleich nach seinem Amtsantritt 1995 hielt der gaullistische Präsident eine Rede bei einer Gedenkzeremonie für jene 13.000 Juden, die im Juli 1942 – im Auftrag der deutschen Besatzer, aber ausgeführt durch die französische Polizei – festgenommen und in ein Radstadion gepfercht worden waren, um später deportiert zu werden. „Frankreich hat an jenem Tag eine nie wieder gutzumachende Tat begangen“, erklärte Chirac. Die Teilnahme an der Judenverfolgung würde „für immer die Geschichte der Nation besudeln“. Gegenüber den Opfern gebe es eine „untilgbare Schuld“.

Im Vergleich dazu war die von Wolfgang Schüssel Anfang 2000 wieder aufgewärmte österreichische Opfermär ziemlich würdelos.⁵ Aber auch die – in Österreich wohl zu Recht als historischer Durchbruch gefeierte – Rede des SPÖ-Bundeskanzlers Franz Vranitzky vor dem Nationalrat im Juli 1991 wirkte eher vorsichtig neben Chiracs nationalem Schuldbekenntnis für Frankreich.⁶

Chiracs Mut zeigte sich aber vor allem darin, dass er mit einem Glaubenssatz des Gaullismus brach, an den sich sein linker Vorgänger Mitterrand noch geklammert hatte. Dieser lautete: Frankreichs Republik habe mit dem Kollaborationsregime aufgehört zu existieren, ihre nach der Befreiung auferstandenen Institutionen könnten für die in der Zwischenzeit erfolgten Vergehen französischer Beamter nicht verantwortlich gemacht werden. Das ist – vor dem Hintergrund der deutschen Besatzung – auch nicht von der Hand zu weisen, außer dass eben das Parlament durch seine Selbstausschaltung Frankreich in die Hände von Pétain gelegt hatte, und dass der vor- und nachmalige

⁵ Wolfgang Schüssel in einem Interview in der „*Jerusalem Post*“, 9.11.2000: „Der souveräne österreichische Staat war das erste Opfer des Nazi-Regimes. Die Nazis nahmen Österreich mit Gewalt. Die Österreicher waren das erste Opfer. Natürlich vermindert das keineswegs Österreichs moralische Verantwortung“. Mit diesen Formulierungen suggeriert Schüssel, die Auflösung Österreichs als Staat habe „die Österreicher“ zu Opfern der Nazis gemacht und unterschlägt dabei die damalige Kraft des Anschlusswunsches in Österreich.

⁶ Die Kernsätze von Vranitzky lauteten: „Viele (Österreicher) haben Widerstand geleistet... Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass es nicht wenige Österreicher gab, die im Namen dieses Regimes großes Leid über andere gebracht haben...“(…) „...müssen wir uns auch zur anderen Seite unserer Geschichte bekennen: zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben“. (...) „Viele Österreicher waren an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reichs beteiligt, zum Teil an prominenter Stelle“. (...) „...haben wir uns für die bösen (Taten unserer Geschichte) zu entschuldigen – bei den Überlebenden und bei den Nachkommen der Toten“. Kommentatoren sahen in dieser Rede ein erstmaliges Bekenntnis, 46 Jahre nach Kriegsende, eines österreichischen Regierungschefs zur historischen Mitverantwortung Österreichs für die NS-Verbrechen. Allerdings erfolgte diese Rede ursprünglich nicht, um eine Grundsatzklärung zur NS-Vergangenheit abzugeben, sondern um die Haltung Österreichs zum Krieg in Jugoslawien darzustellen. Vranitzky nützte diese Themenstellung, um auch Österreichs Vergangenheit zu erörtern. Damit reagierte er gleichzeitig auf den, ein Monat zuvor getätigten Spruch von Haider über die „ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs“.

Behördenapparat der Republik auch dem Pétain-Regime gedient hatte. Gemessen aber an den zuvor geschilderten Reaktionen auf die Judenverfolgung, erscheint die kollektive Schuldzuweisung an „Frankreich“ durch Chirac überzogen.

Trotzdem erklärten sich bei einer Umfrage 72 Prozent der Franzosen mit der Formel von Chirac über „Frankreichs Verantwortung für die Deportation der Juden“ einverstanden. Polizei- und Gendarmerieverbände folgten mit Reueerklärungen. 1997 gab die französische Bischofskonferenz eine „Sühne“-Erklärung ab, weil die katholische Kirche – trotz der Proteste gegen die Razzien – sich der antijüdischen Ideologie des Pétain-Regimes kaum widersetzt hatte.

Höhepunkt dieser kollektiven Einkehr war der Prozess gegen Maurice Papon. Als hoher Beamter unter der deutschen Besatzung in Bordeaux hatte er die Deportation von 1690 Juden organisiert. Nach dem Krieg fand er, wegen Hilfsdiensten für die Résistance, bei den Gaullisten Aufnahme und wurde später sogar Minister. Erst in den achtziger Jahren wurde seine einstige Rolle publik. Das gegen ihn angestrebte Verfahren wurde aber ständig hinausgezögert. 1998 kam er dann doch in Bordeaux vor Gericht, wo der 89jährige zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt wurde.

Der sechsmonatige Prozess wurde zu einem Geschichtskurs für die Nation. Die Öffentlichkeit nahm breitesten Anteil, Dutzende Schulklassen saßen abwechselnd im Gerichtssaal, alle Aspekte der Judenverfolgung wurden von Historikern im Zeugenstand detailliert aufgerollt. Papon umgab ein Klima der Ächtung, das schuldbeladene NS-Verbrecher im deutschen Raum wohl nie erlebt hatten: Erst fand er kein Hotel, das ihn beherbergen wollte (er stand während des Prozesses auf freiem Fuß), und als er ins Gefängnis eingeliefert wurde, empfingen ihn die Häftlinge mit Buhrufen.

Chiracs Sühne-Erklärung trug seine ungestüme Handschrift, sie war aber auch der symbolische Ausdruck dieser umfassenden kollektiven historischen Introspektion. Natürlich spielten dabei auch die Juden Frankreichs (rund 600.000, die zahlenmäßig bedeutendste jüdische Bevölkerung Westeuropas) eine wichtige Rolle. Nach der schrittweisen Lösung aus der bleiernen Atmosphäre der Nachkriegsjahre legten Teile der französischen Juden ein immer selbstbewußteres Auftreten an den Tag.

Parallel dazu vollzog sich der Aufstieg und Fall des „*Front National*“ (FN) von Jean-Marie Le Pen. Gegen ihn hatte Chirac die prägnantesten Kämpfe seiner politischen Laufbahn auszufechten. Im Verlauf der fast zwanzigjährigen sozialen Krise Frankreichs in den 1980er und 1990 Jahren (mit einer Arbeitslosenrate von bis zu 13 Prozent) war der FN in urbanen Krisenzonen und historisch vorbelasteten Regionen auf über zwanzig Prozent hochgeschwollen. Mit den Erfolgen der Haider-FPÖ (die in Österreich in einer sozial unvergleichlich weniger belasteten Situation weitaus stärker expandierte) konnte der FN nie gleichziehen.

1998 wurde der FN durch eine Spaltung zwischen dem Parteipatriarchen Le Pen und seinem ungeduldigen Mächtigen-Nachfolger, dem damaligen FN-Vizechef Bruno

Mégret, aus der Bahn geworfen. Im Schlepptau von Mégret trennte sich die Mehrheit der gewählten FN-Mandatare von Le Pen.

Dieses innere Zerwürfnis des FN war nicht zuletzt das Verdienst von Chirac gewesen. Seine unerbittliche Ausgrenzungspolitik gegenüber dem FN hatte die Entfaltungsperspektiven der Rechtsaußen-Partei behindert und ihre damalige Spaltung beschleunigt. Bei zwei wichtigen Wahlgängen, darunter den für ihn verheerenden Parlamentswahlen 1997, nahm Chirac, durch das Ausschlagen jeglicher Absprachen mit dem FN, Niederlagen bewusst in Kauf. Dabei musste Chirac mächtigen Regional- und Lokalpolitikern seiner eigenen Partei in der Provinz, die bereits örtlich Koalitionen mit dem FN eingegangen waren und diese Linie fortsetzen wollten, standhalten.

So sehr dieser erste Überlebenskampf von Chirac gegen Le Pen (2002 sollte eine zweite Entscheidungsschlacht zwischen den beiden folgen) auch von taktischem Kalkül geprägt war, so sehr hatte dieses Duell für Chirac auch eine identitätsstiftende Rolle. Indem er alle Brücken nach rechtsaußen abbrach, traf er auch eine nachhaltige strategische Kurswahl.

Die Versprechen der ÖVP-Spitzen gegenüber Chirac

In diese Zeitspanne fielen auch die Gespräche mit Vertretern der ÖVP, die gegenüber Chirac immerzu versicherten, sie würden genauso mit der FPÖ verfahren, ein Bündnis mit Haider sei ganz ausgeschlossen. Chirac pflegte regen Umgang mit seinen bürgerlichen Gesinnungsgenossen in Europa und unterhielt namentlich mit Alois Mock und Andreas Khol ein freundschaftliches Verhältnis. Beiden ÖVP-Politikern hatte Chirac 1996 den Orden der französischen Ehrenlegion verliehen. Die spätere Wut Chiracs über Schüssels Schwenk zur FPÖ erklärt sich nicht zuletzt aus seinem Gefühl, von den ÖVP-Spitzen hintergangen worden zu sein.

Chirac konnte die Abwehrschlacht gegen den FN aber auch gewinnen, weil Le Pen, wie eingangs ausgeführt, bis zu einem gewissen Grad ein historisches Erbe verkörperte, das Frankreichs nationaler Nachkriegsidentität zuwiderlief. Es gab zwar auch vereinzelte Résistance-Veteranen im FN, und Le Pen schwadronierte über seine eigene – höchst zweifelhafte – Teilnahme am Widerstand als Halbwüchsiger. Auch versuchte Le Pen eine Zeitlang in Synagogen und jüdischen Gemeindezentren empfangen zu werden. Dabei wurde Le Pen allerdings ebenso abgewiesen wie Haider bei seinem vergeblichen Blitzbesuch bei jüdischen Einrichtungen in Kanada im Februar 2000.⁷ Tatsächlich gehörten zum historischen Kern des FN vor allem reuelose Veteranen der einstigen Ultrakollaboration mit dem Hitlerregime, die in Frankreich ein politisches

⁷ Haider, vom österreichischen Politiklima verwöhnt, war wohl selber vom Ausmaß seiner internationalen Ächtung überrascht. In der Hoffnung auf eine schnelle Imagepolierung absolvierte Haider, Mitte Februar 2000, einen Blitzbesuch in Montreal. Auf Vermittlung von ihm wohl gesonnenen lokalen Persönlichkeiten wollte er, begleitet von Fotografen, ein Holocaust-Museum besuchen und an einer jüdisch-orthodoxen Hochzeitsfeier teilnehmen. Angesichts heftiger Proteste vor Ort machte Haider aber kehrt.

Randdasein fristeten. Le Pen musste daher ständig gegen einen mächtigen Strom in der Bevölkerung schwimmen.

Auf historisch bedingte Loyalitäten mit Massencharakter konnte Le Pen nur in Südostfrankreich, entlang der Mittelmeerküste, zählen. Eine relevante faschistische Vorkriegstradition und vor allem eine starke Präsenz von aus Algerien vertriebenen Franzosen ergaben dort einen Wählerpolster, der den FN schneller als anderswo auf ernstzunehmende Stimmenhöhe katapultierte. Eine ähnliche Bedeutung als primäres Wählertrampolin für Le Pen hatte auch noch das Elsass mit seiner phasenweise deutschnationalen Geschichte.

Im Gegensatz zu Le Pen konnte sich Haider in Österreich, nachdem er erst einmal die Prämissen für die altneue Rechtsorientierung der FPÖ gelegt hatte, auf ein viel breiteres und gleichmäßiger verteiltes historisches Startpotential in seiner ersten Aufstiegsphase stützen. Nicht nur, dass die FPÖ altbraune Wähler neu mobilisierte, die zuvor oft in die Enthaltung gerutscht waren. Viel bedeutender war die NS-freundliche Rechtfertigungs- und Erinnerungskultur, die von Haider sowohl wieder bestärkt als auch genützt wurde. Umfragen zeigten, dass über vierzig Prozent der Österreicher kontinuierlich darauf beharrten, der Nationalsozialismus habe „sowohl gute als auch schlechte Seiten“ gehabt.⁸ Bei Aufschlüsselung nach Parteipräferenz wurde deutlich, dass unter den FPÖ-Anhängern weitaus mehr (über sechzig Prozent) diesem – teilweisen und getarnten – Lob für das NS-System zustimmten. So wie das eben Haider punktgenau vor- und nachexerzierte.

Diese NS-geprägte Massenidentität umfasste in Österreich nicht nur die aussterbende Generation der (bei Kriegsausbruch volljährigen) Veteranen, die durch Krieg, Niederlage und Erinnerung an ursprünglich andere Politsympathien oftmals eine innere Hemmschwelle vor einem Rückfall entwickelt hatte. Wichtiger dürfte die Rolle jener Generationen gewesen sein, deren Kindheit oder Jugend unter der Totalindoktrination des NS-Regimes erfolgt war. Da lagen die Wurzeln für die nachhaltige Präsenz starker antijüdischer und deutschnationaler Strömungen an Österreichs Hochschulen bis in die sechziger Jahre. Diese Generationen stellten noch bis Ende des vorigen Jahrhunderts einen beträchtlichen Teil der Bildungs- und Wirtschaftseliten Österreichs. Schließlich wurde in Familien, in Freizeitvereinen (Stichwort „*Österreichischer Turnerbund*“), in

⁸ Umfragen des Meinungsforschungsinstituts GfK-Austria zur Beurteilung des Nationalsozialismus in Österreich erbrachten folgende Ergebnisse:

„Sowohl gute als auch schlechte Seiten“ – Zustimmung: 47 Prozent (1987), 43 Prozent (1989), 44 Prozent (2005).

„Größtenteils schlechte Seiten“ – Zustimmung: 31 Prozent (1987), 34 Prozent (1989), 31 Prozent (2005).

„Nur schlechte Seiten“ – Zustimmung: 15 Prozent (1987), 16 Prozent (1989), 20 Prozent (2005).

„Größtenteils oder nur gute Seiten“ – Zustimmung: 2 Prozent (1987), 1 Prozent (1989), 3 Prozent (2005).

„Keine Angabe“: 5 Prozent (1987), 6 Prozent (1989), 1 Prozent (2005).

Zusammengerechnet ergibt die Zustimmung zu den Urteilen „Größtenteils schlechte Seiten“ und „Nur schlechte Seiten“ 46 Prozent (1987), 50 Prozent (1989), 51 Prozent (2005) bei gleichzeitiger Abnahme der Befragten, die sich nicht äußern. Daraus ist der Anstieg einer halbwegs klaren Ablehnung der NS-Rechtfertigungskultur ersichtlich. Was wiederum auf eine gewisse Wirksamkeit der verstärkten Aufarbeitung der NS-Vergangenheit schließen lässt, auch wenn sich die Zustimmung zur Teil-Rechtfertigung des Nationalsozialismus auf beständig hohem Niveau hält.

Kameradschaftsbünden oder schlicht im Wirtshaus eine rechtfertigende bis positive Interpretation der NS-Ära an die jüngeren Generationen weitergereicht.

Die Präsenz dieser Denkmuster wurde mir schmerzhaft bei einem Gespräch mit einem österreichischen Freund in Paris, damals Korrespondent einer bedeutenden Wiener Tageszeitung, in Erinnerung gerufen. Zuvor hatte ich ihn als sensiblen Diskussionspartner schätzen gelernt. Umso überraschter war ich, als er (noch vor den österreichischen Nationalratswahlen von 1999, also noch vor den Sanktionen) im Verlauf eines privaten Dialogs sein Verständnis für den Aufschwung von Haider's FPÖ folgendermaßen begründete: SPÖ und ÖVP würden, so meinte er, „bei ihrer Schuldzuweisung an die Kriegsgeneration zu weit gehen“. Es sei daher nicht erstaunlich, dass immer mehr Wähler für Haider stimmen würden. Da ich nicht genau wusste, was er nun damit meinte, fragte ich, ob die Erklärung Vranitzkys von 1991 schon „zu weit“ gehe. „Ja, wahrscheinlich“, antwortete er nach einigem Zögern. Um mich anschließend auch noch darüber aufzuklären, dass Juden nach dem Krieg in dem Bundesland, aus dem er stammte, sich „sowieso“ wieder als erfolgreiche Geschäftsleute etabliert hätten.

Später, nach dem Inkrafttreten der Sanktionen, nahmen wir beide an einer TV-Diskussion eines französischen Senders teil. Und da erklärte derselbe Freund, die österreichischen Wähler hätten für Haider nicht *wegen*, sondern *trotz* seiner einschlägigen Äußerungen gestimmt.

Es wäre zweifellos absurd gewesen, die Wahlerfolge Haider's auf sein Verhältnis zur NS-Vergangenheit zu reduzieren. Aber mein Bekannter hatte in seiner nicht für die Öffentlichkeit gedachten Interpretation die diesbezügliche Attraktionskraft des FPÖ-Tribuns richtig resümiert: Haider konnte die Grundstimmung eines Teils der Bevölkerung für sich mobilisieren, eben weil ihre Erinnerungskultur zunehmend in Bedrängnis geraten war.

Das ist nun aber auch das Verdienst neuer Generationen von österreichischen Pädagogen, Historikern und Journalisten, die der NS-Vergangenheit so massiv wie nie zuvor zu Leibe gerückt sind. Dahinter steckt wohl ein soziales Phänomen: die Entfaltung einer neuen, gebildeten und weltoffenen Mittelschicht, die an die Rolle der jüdischen Mittelschicht der Zwischenkriegszeit erinnert, aber nun der katholischen Mehrheitsbevölkerung entstammt. Der Wandel ist wohl an den Hochschulen am greifbarsten. Die Resultate der Wahlen für die österreichische Hochschülerschaft (ÖH) sind trotz der traditionell geringen Beteiligung diesbezüglich signifikant: Der „*Ring Freiheitlicher Studenten*“ (RFS), der als politischer Arm der rechten Burschenschaften fungiert, hielt während der 1950er und 1960er Jahre bei den ÖH-Wahlen einen Stimmenanteil von rund 30 Prozent und stellte im Zentralausschuss der ÖH bis 1974 die zweitstärkste Fraktion. Danach stürzte er steil ab: 1974 kam er nur mehr auf sieben Prozent, 1997 fiel er unter fünf Prozent. Bei den vier Wahlen seit 2001 konnte der RFS nur mehr ein einziges Mandat halten (von den zuletzt, 2009, vergebenen 85 ÖH-Sitzen).

„Moscovici – Rabinovici“

Es ist genau dieses neue Mittelschichtspotential, an dem in den westeuropäischen Gesellschaften wohl keine politische Kraft vorbeikommen kann, und an dem sich auch Le Pen in Frankreich immer wieder stieß. Damit sind wir bei der Rolle der französischen Juden angelangt. Obwohl diese sich auf fast alle sozialen Gruppen verteilen, ist ihr Gewicht im urbanen Mittelschichtsmileu am stärksten. Ein Teil kommt aus Familien, die aus altösterreichischen Gebieten stammen oder direkt aus Österreich geflüchtet sind, andere wurden von den NS-Besatzern in Lager auf österreichischem Boden deportiert. Nicht alle Erfahrungen mit Österreichern waren negativ, aber viele hatten die Erinnerung an den rabiaten Judenhass österreichischer Prägung bewahrt. Da schwärzte eine seelische Wunde, die durch die einschlägigen Affären, von Kreisky/Peter über Frischenschlager/Reder und Waldheim bis hin zu Haider, ständig aufs Neue aufgerissen wurde.

Gleichzeitig führte das stetig gewachsene Interesse der französischen Bildungsschichten für die österreichische Kultur der Jahrhundertwende und Zwischenkriegszeit, die ja von Österreichs offiziellen Repräsentanten als Visitenkarte hochgehalten wurde, notgedrungen auch zu erhöhter Aufmerksamkeit für das politische Geschehen in Österreich.

Vor allem aber wurde in Frankreich die Durchleuchtung der eigenen Verstrickung in den Holocaust und die Neubewertung dieses Zivilisationsbruchs, wie in den meisten westlichen Staaten, zum Angelpunkt des fundamentalpolitischen Selbstverständnisses gerade der neuen Mittelschichten.

Dabei ist der Einfluss von Persönlichkeiten, die mit dem jüdischen Schicksal familiär verbunden sind, wohl nur ein Faktor unter anderen, der die Heftigkeit der französischen Reaktion auf Haider erklärt. Das war auch anhand der unterschiedlichen Positionen der damaligen Regierungsmitglieder ersichtlich. Insgesamt wollte und konnte die damals amtierende Linksregierung nicht gegenüber dem vorpreschenden bürgerlichen Präsidenten Chirac zurückstehen. Aber inoffiziell gab es unterschiedliche Haltungen im Regierungsteam. Ein bestimmter Typus österreichischer Journalisten biss sich am französischen SP-Minister für Europafragen, Pierre Moscovici, fest, der aus einer jüdischen Familie stammte. Dessen Name musste bei Wolf Martin in der „*Kronen Zeitung*“ für einen seiner infamen Schüttelreime herhalten, in dem er „Moscovici“ mit dem österreichischen Schriftsteller (Doron) „Rabinovici“ verband (15.9.2000).

Aber andere Kabinettsmitglieder, ohne jüdischen Familienhintergrund, waren in ihrer Ablehnung der Wiener Koalition deutlicher: etwa Martine Aubry, damals Sozialministerin und Tochter des Ex-Präsidenten der EU-Kommission und engagierten Katholiken Jacques Delors. Dasselbe galt für Justizministerin Elisabeth Guigou. Umgekehrt befürwortete Finanzminister Laurent Fabius, der aus einer jüdischen Familie stammte, die rasche Aufhebung der Sanktionen.

Die diesbezüglichen Bruchlinien in Frankreichs Regierung folgten also keinem Schema Jude/Nichtjude, sondern anderen Kriterien: Frauen empörten sich heftiger über Schwarz-blau als die männlichen Kabinettsmitglieder. Die kommunistischen Regierungsangehörigen und die grüne Umweltministerin mauerten gegen die Wiener Koalition, bemühten sich aber besonders um Kontakte zu Österreichs Zivilgesellschaft.

Die deutlichste Trennlinie lautete: Jene Ministerinnen und Minister, die sich am weitesten in Sachen EU-Integration und Souveränitätsverschränkung vorwagten, und die auch gegenüber den Anliegen regionaler Minderheiten in Frankreich das meiste Entgegenkommen zeigten, also genau jene, die dem Klischee von „Frankreichs Nationalismus“ am wenigsten entsprachen, waren auch diejenigen, die sich in der Auseinandersetzung mit Österreichs schwarz-blauer Regierung am stärksten hinauslehnten. Eben weil sie die EU als zusammenwachsende Politunion verstanden. Die gegenüber der EU-Integration vorsichtigeren Regierungsmitglieder (etwa Außenminister Hubert Vedrine) oder gar die EU-feindlichen „Souveränisten“ waren von den Sanktionen am wenigsten angetan. Innenminister Jean-Pierre Chevènement, der später, aus Ablehnung eines Autonomieplans für Korsika, zurücktreten sollte und mit dubiosen antideutschen Pauschalverdächtigungen gegen die EU Stimmung machte, war in der Regierung der deutlichste Sanktionsgegner gewesen. Chevènement schmeichelte seinem österreichischen Amtskollegen bei EU-Ministerräten, indem er ihn an seiner Seite Platz nehmen ließ.

Bei der Motivation Chiracs für seinen Sanktionsvorstoß wurden bereits drei ineinander greifende Faktoren erwähnt: die neue Positionierung gegenüber dem Holocaust im Geschichtsbild der Nation, die identitätsstiftende Schlacht gegen Le Pen und die Wut über den als Verrat empfundenen Schwenk der ÖVP zur Koalition mit der FPÖ.

Diese drei Faktoren erscheinen wiederum in das linksliberale bis linksalternative Selbstverständnis der neuen Mittelschichten eingebettet, das auch für Chirac wegweisend wurde. Seine Berater kamen oft aus der linken Mitte. Er verkehrte regelmäßig mit Sprechern antirassistischer Organisationen und mit Intellektuellen, die von der Jugendrevolte des Mai 1968 geprägt waren.

Darunter befanden sich selbstredend auch Juden. Von daher auf eine „jüdische Lobby“ zu schließen, die Chirac die Sanktionsentscheidung diktiert hätte, wäre aber absurd. Nicht alle jüdischen Intellektuellen nahmen in dieser Frage dieselbe Haltung ein. Und wie gering der Einfluss organisierter jüdischer Gemeindevertreter auf Chirac gewesen ist, ließ sich an ihrem zentralen Anliegen, der Unterstützung für Israel, ermesen. Mit seinem propalästinensischen Engagement war Chirac einem beträchtlichen Teil der französischen Juden suspekt geworden. Hingegen konnte er damit bei den französischen Moslems punkten und seinen Rivalen für die Präsidentschaftswahlen, den SP-Premierminister Lionel Jospin, in Bedrängnis bringen.

Sanktionen gegen Italien?

Die Rivalität mit Jospin war ein weiterer Faktor für Chiracs Initiative gegen Österreichs Regierung gewesen. Chirac ging es auch darum, den bedächtigeren Jospin durch einen schnellen Vorstoß in traditionelle Politgefülle der Linken zu überrumpeln und ihm linksliberale Wähler streitig zu machen.

Dabei konnte sich Chirac gleich auf beide Varianten der französischen Erinnerungskultur stützen: die neuere, selbstkritische und Holocaust-zentrierte Vision, aber auch auf die traditionelle gaullistische und – wenn man so will – nationale Opferthese. Hatte doch Haider mit seinem Lob für die Veteranen der SS einen zentralen Gedächtnisnerv Frankreichs getroffen: die Erinnerung an das von der Waffen-SS im Juni 1944 verübte Massaker in der Ortschaft Oradour sur Glane, in dessen Verlauf 642 Einwohner ermordet worden waren.

Deshalb fand Chirac auch die Unterstützung der meisten bürgerlichen Persönlichkeiten, darunter jene des Christdemokraten François Bayrou. Dieser populäre Zentrumspolitiker profilierte sich als innerbürgerlicher Kritiker von Chirac. Aber während der Sanktionen schlug sich Bayrou, an der Seite Chiracs, innerhalb der „*Europäischen Volkspartei*“, also der Dachorganisation der europäischen Mitte-rechts-Parteien, mit Bravour gegen die vereinten Bemühungen von CDU und ÖVP, die Wiener Koalition zu verharmlosen.

Es ist bemerkenswert, dass in Österreich dieses Engagement der französischen Christdemokraten kaum zur Kenntnis genommen wurde. Das dürfte wohl daran gelegen sein, dass man Bayrou schwerlich mit antijüdischen Untergriffen angehen konnte. Auch passte er nicht in die österreichische Verdrehungsformel, die da hieß: Ein arroganter Chirac würde sich eine Machtdemonstration auf Kosten eines hilflosen Kleinstaats leisten.

In Wirklichkeit konnte sich Chirac dermaßen engagieren, weil die Entwicklung in Österreich tiefsitzende Ängste in Frankreich geweckt hatte. Eben erst war nach langem und zähem Ringen Le Pen ausgebremst worden, da griff eine Art Doppelgänger in Wien zur Macht – als Vorbote nationalistischer Einpeitscher unter den EU-Beitrittskandidaten in Osteuropa, begleitet von der Rückkehr völkischer Gemetzel an den Pforten der EU, in Ex-Jugoslawien.

Haider erschien auch als Brandstifter an den einstweilen befriedeten Nahtstellen zwischen den Kernstaaten der EU, als potentieller Katalysator von Neubündnissen entlang der Bruchlinien zwischen deutschen und romanischen Sprachgebieten. Wie eingangs erwähnt, liebäugelte Haider obendrein mit einem nordeuropäischen Absetzprozess und Wohlstandsseparatismus gegenüber Südeuropa – man erinnere sich nur an sein Naheverhältnis zum Chef der italienischen „*Lega Nord*“, Umberto Bossi. Als Ehrengast bei einer Versammlung der „*Lega Nord*“ rief Haider: „Es lebe Padanien“.

Vor allem aber personifizierte Haider, wie ebenfalls bereits dargestellt, mit seinen einschlägigen Sprüchen zur NS-Vergangenheit und seiner Familiengeschichte eine stolze, reuelose Erbfolge innerhalb jener deutsch-österreichischen Tradition, die zur fast vollständigen Ausrottung der Juden in Europa geführt hatte. Unter diesem letzten Gesichtspunkt konnte und durfte die Regierungsbeteiligung der Haider-FPÖ nicht unbeantwortet bleiben.

Weil der Vorstoß der EU-14 aber die Handschrift von Chirac trug, hatte er von Anfang an auch seine Schwächen und Stärken. Einer der Freunde Chiracs hatte über ihn gesagt: „Chirac ist wie ein Fußballer, der bis zum gegnerischen Tor vorstürmt und erst dann merkt, dass er den Ball vergessen hat.“ Es ist wahrscheinlich, dass sich Chirac nicht allzu viele Gedanken über die weiteren Folgen der Sanktionen gemacht hatte. In seinem Umkreis setzte man auf ein schnelles Platzen der Koalition. Für ein anderes Szenario war nicht vorgesorgt. Allerdings hätte sich eine überlegtere Persönlichkeit möglicherweise zu gar keiner Reaktion durchgerungen.

Womit wir wieder bei der Frage angelangt wären, wie in so einem Fall das Kräfteverhältnis in Österreich und in der Koalition ausgeschaut hätte. Die Verteidiger der Koalition verwiesen auf das Ausbleiben relevanter Eingriffe im Bereich der demokratischen Grundrechte sowie im Umgang mit Migranten, ja dass die damalige Regierung einen Durchbruch bei den Restitutionsen gebracht habe. Aber es wäre naiv anzunehmen, dass die Entwicklung in Österreich ohne äußeren Druck genau den gleichen Verlauf genommen hätte. Dieser Teilerfolg der Sanktionen, inklusive der Eingrenzung Haiders, führte aber gleichzeitig zur internationalen Entwarnung. Die diesbezügliche Wirksamkeit der Sanktionen ließ also die schwarz-blaue Koalition in einem milderem Licht erscheinen. So sorgten die Sanktionen für ihren eigenen Bedeutungsverlust.

Frankreichs Entscheidungsträger konnten sich dieser Erkenntnis ebenso wenig entziehen wie den immer eindringlicheren Bitten der österreichischen Oppositionsparteien, die Sanktionen zu beenden. Französische Diplomaten, die die Sanktionen stets als einen Verstoß gegen die guten Sitten empfunden hatten, warteten schon ungeduldig auf die erlösende Rückkehr zum alten Trott. Der sich abzeichnende Wahlsieg der Rechtsallianz in Italien stellte die Sanktionsbefürworter obendrein vor ein unlösbares Problem, auch wenn Chirac sogar für diesen Fall, kopfüber wie immer, „Sanktionen gegen Italien“ erwogen hatte.

Als dann, zeitgleich zur französischen EU-Präsidentschaft, der Zerfall der 14er-Front immer schärfere Konturen annahm und sich mit den übrigen EU-internen Gegensätzen (kleine gegen große Staaten, Souveränisten gegen Integrationisten) zu vermischen drohte, blieb Frankreichs Staatsführung nichts anderes mehr übrig, als der Aufhebung der Sanktionen zuzustimmen.

Von den Sanktionen zur Wiederwahl Chiracs 2002

Während aber in Österreich die schwarz-blaue Koalition ihren Triumph auskostete – Haider sprach von einem „Waterloo“ Chiracs und Schüssel pilgerte mit einem Teil der Regierung nach Mariazell um „der heiligen Maria Danke zu sagen“ –, ging die Meldung über die Aufhebung der Sanktionen in Frankreich weitgehend unter. Seit dem Anfangsschock über das Phänomen Haider hatte das Interesse an Österreich in der französischen Öffentlichkeit deutlich nachgelassen, parallel zur zuvor beschriebenen politischen Entwarnung.

Für Chirac blieb das Thema allerdings präsent. Bei einem Empfang für die Botschafter der EU-Mitgliedsstaaten erklärte der französische Staatschef in einem kurzen, durchaus freundlichen Gespräch mit Österreichs Gesandten, er sei über die Sprüche Haiders und seiner Parteifreunde weiterhin „entsetzt“. Und als sich 2004 Wolfgang Schüssel als möglicher Nachfolger von Romano Prodi für den EU-Vorsitz der EU-Kommission ins Gespräch brachte und dabei wiederum die Unterstützung der CDU fand, legte Chirac sein Veto ein. Schüssels Parteifreund, Andreas Khol, damals Präsident des österreichischen Nationalrats, reagierte drohend: „Die Franzosen haben ein langes Gedächtnis, wir aber auch“. Dass sich ein österreichischer Politiker ausgerechnet in einer Auseinandersetzung, die mit der Nazivergangenheit des Landes zusammenhing, auf ein „langes Gedächtnis“ berief, entbehrte nicht einer gewissen Würze.

Das Engagement von Chirac gegen jegliches Bündnis mit Le Pen, das zu seiner Initiative gegen die schwarz-blaue Koalition in Wien geführt hatte, sollte bis zu einem gewissen Grad auch das ideologische Rüstzeug für seine Wiederwahl als Staatspräsident 2002 liefern.

Das in Frankreich geltende Wahlsystem begünstigt das Zustandekommen klarer Mehrheiten und führt fast immer zu zwei Wahlgängen. Wenn keiner der Kandidaten im ersten Durchgang die absolute Mehrheit erringt, kommt es zu einer Stichwahl. Im ersten Durchgang der Präsidentenwahlen im April 2002 zersplitterte sich die linke Wählerschaft auf acht Kandidaten, was zu einer ungeahnten Schwächung des aussichtsreichsten linken Bewerbers, des sozialistischen Premierministers Jospin, führte. Jospin kam nur auf 16,2 Prozent und wurde von Le Pen, der 16,86 Prozent erlangte, knapp überrundet.

Damit hatte kaum jemand gerechnet, der „*Front national*“ war zuletzt immer mehr ins Hintertreffen geraten. Die Linkswähler hatten im ersten Wahlgang hauptsächlich für Kandidaten gestimmt, die der von Jospin geführten Regierungskoalition angehörten. Auch schickten sie sich an, im zweiten Durchgang für Jospin zu stimmen. Der SP-Premier galt laut Umfragen als Favorit für die Stichwahl gegenüber dem Amtsinhaber Chirac. Dieser wirkte verbraucht und war durch die Enthüllung einer Serie von Affären um illegale Parteienfinanzierung, Korruption und Pfründe, die auf seine Amtszeit als Pariser Bürgermeister (1977-1995) zurückgingen, geschwächt.

Nun aber verfügte die Linke über keinen Kandidaten mehr, die Stichwahl im Mai 2002 wurde zwischen Chirac und Le Pen entschieden. Vorneweg war ein Sieg von Le Pen ausgeschlossen. Allerdings hätte der Rechtsaußen-Tribun noch einmal kräftig zulegen und damit eine hervorragende Startposition für seinen FN bei den anschließenden Parlamentswahlen erringen können. Bei Umfragen hatten zeitweilig 30 bis 35 Prozent der Befragten „Zustimmung zu gewissen Ideen von Le Pen“ geäußert. Kommentatoren wollten einen Anstieg von Le Pen auf rund 30 Prozent nicht ausschließen.

Tatsächlich aber kam Le Pen in der Stichwahl nur auf 17,79 Prozent. Das war weniger als der Stimmenanteil, den Le Pen und sein Rivale in der rechtsrechten Szene, Bruno Mégret, im ersten Durchgang zusammengerechnet erzielt hatten. Dieses Fiasko sorgte für eine umso nachhaltigere Demoralisierung seiner Anhänger, als sie sich am Abend des ersten Durchgangs bereits als eigentliche Sieger gewähnt hatten.

Die außerordentliche Mobilisierung der französischen Zivilgesellschaft und die spontanen Massenaufmärsche der Schuljugend hatten innerhalb der zwei Wochen zwischen den beiden Wahlgängen für eine komplette Stimmungsumkehr gesorgt. Berufsverbände und Kirchen, Filmstars und Sportler, Freizeitvereine und Bürgerinitiativen übernahmen die Rolle, die die angeschlagenen Linksparteien kaum mehr ausüben vermochten. Der Elan der Jugendlichen riss die älteren Generationen aus ihrer Niedergeschlagenheit. Diese breite gesellschaftliche Ächtung Le Pens trieb die FN-Aktivisten in eine Isolierung, die sie bereits überwunden geglaubt hatten. Ein von böser Vorahnung geplagter und deshalb wütender Le Pen („Das Volk wird schon sehen, wo es mit Chirac bleibt“) musste seine letzte Versammlung vor der Stichwahl in seiner einstigen Hochburg Marseille vor einem halbleeren Saal bestreiten.

Dabei hatte der Rechtsaußen-Tribun über denkbar günstige Ausgangschancen gegenüber Chirac verfügt. Für einen spürbaren Anstieg des prozentuellen Wähleranteils von Le Pen hätte es schon gereicht, wenn ein relevanter Teil der linken Wähler aus Frust über das Ausscheiden von Jospin und aus Aversion gegen den skandalbelasteten bürgerlichen Staatschef sich enthalten hätte. Le Pen versuchte auch auf diese Karte zu setzen, indem er Jospin zwischenzeitlich Lob zollte und mit antibürgerlichen Losungen Linkswähler hofierte.

Dass nicht zuletzt die jungen, naturgemäß radikaleren Linkswähler dieser Versuchung damals widerstanden und für ihren vormaligen Buhmann Chirac stimmten, zeugte von politischer Reife. Beim 1.Mai-Aufmarsch in Paris, der eine Woche vor der Stichwahl stattfand und sich mit annähernd zwei Millionen Teilnehmern zur bedeutendsten Kundgebung gegen Le Pen gestaltete, trugen einige Demonstranten handgeschriebene Plakate, die das Affärenregister von Chirac in kruder Manier für zweitrangig erklärten: „*Plutot l'escroc que le facho*“ (wörtlich: Lieber den Schwindler als den Faschisten – eine Anspielung auf Chiracs Skandale). Diese Losung las ich mit besonderer

Genugtuung, enthielt sie doch auch eine unbeabsichtigte Zurückweisung jener Kommentare österreichischer Medien, die Haider's Teil-Bekenntnisse zum NS-Regime und Chirac's Affären gegenrechneten.

Chirac's triumphaler Sieg in der Stichwahl mit 82,2 Prozent speiste sich aber auch aus der Kontinuität seines Engagements gegen rechtsrechte Strömungen. Dieser Kurs verlieh dem Wahlkämpfer Chirac jene Glaubwürdigkeit und Dynamik, die ihm ansonsten meistens fehlte.

Für den zu diesem Zeitpunkt bereits 73 jährigen Le Pen war das der Anfang vom Ende. Bei der unmittelbar folgenden Parlamentswahl im Juni 2002 musste sich der FN im ersten Durchgang mit 11,34 Prozent begnügen und verlor seinen einzigen Parlamentssitz.